

Bonjour Tristesse
Ein Jahr Europa-Kommunikation
Gerhard Feltl

Wenn unter Kommunikation der Dialog mit dem betroffenen Bürger verstanden wird, also eine redliche Auseinandersetzung über positive und negative Folgen des Beitrittes Österreichs zur Europäischen Union, dann läßt sich die Frage nach der Kommunikation in Sachen Europa seit dem Tag der Abstimmung am 12. Juni 1994 leicht beantworten: sie hat nicht stattgefunden.

"Vergebliche Suche nach dem EU-Effekt" titelte der *Standard* am 18. Mai 1995 und faßte damit die Stimmungslage der überwiegenden Mehrheit der Österreicher treffend zusammen. Erwartungen sind ausgeblieben, Hoffnungen haben sich nicht - oder noch nicht - erfüllt. Der Gang nach Europa scheint schwieriger zu werden, als man uns versprochen hatte. Seit dem EU-Votum ist ein Jahr vergangen. Wenn man fragt, wie die Österreicher heute abstimmen würden, scheint sich das Meinungsklima fast umgedreht zu haben.

Obwohl hypothetische Fragestellungen nicht überbewertet werden sollten, ist dennoch beachtlich, daß heute laut aktueller Umfrage die Zahl der EU-Enttäuschten überwiegt. Für wichtiger halte ich allerdings, daß darin nach Ansicht der Österreicher "ein sehr großes Problem für die Regierung" gesehen wird. Interessant ist das Faktum, daß die Österreicher meinen, ihre Erwartungen im Zusammenhang mit dem EU-Beitritt hätten sich großteils erfüllt. Was nichts anderes bedeutet, als daß viele ihre vor der Abstimmung gefaßte Meinung bestätigt sehen - im Positiven wie auch im Negativen.

Es überrascht auch nicht, daß die Regierung die durch den EU-Betritt realisierten Vorteile sieht und andererseits die engagierten EU-Gegner (wie etwa *Kurt Falk* oder der Historiker *Gerhard Jagschitz*) ihre Befürchtungen bestätigt finden. Das Prinzip der selektiven Wahrnehmung funktioniert da wie dort. Differenzierte Analysen sind rar, und natürlich ist auch die Jahresfrist ein zu kurzer Zeitraum für eine objektive Bilanz über die tatsächlichen Folgen unseres EU-Beitrittes.

Wie so oft beginnt hierzulande das Nachdenken über eine möglicherweise verpaßte Chance erst nach dem Katzenjammer. Darüber kann man sich - je nach Gemütsverfassung - ärgern oder wundern. Oder man kann versuchen, die Ursachen dafür zu ergründen, um entsprechende Fehler in Zukunft zu vermeiden. Ich will in konzentrierter Form Letzteres versuchen, ohne dabei in die uns Östreichern so vertraute Larmoyanz zu verfallen.

Ein Grund für die zunehmende Euro-Skepsis liegt auf der Hand: Es wurde im Zuge der regierungsamtlichen EU-Werbung mehr versprochen, als man halten konnte. Aus Angst vor einem möglichen Nein wurden evidente Nachteile verschwiegen - es wurde aber auch nicht kommuniziert, daß vermeintliche Vorteile einer EU-Mitgliedschaft

bereits mit dem Beitritt Österreichs zum EWR gegeben waren. Dazu gehören auch die Aussagen prominenter Wirtschaftsforscher, daß ein EU-Beitritt bis zum Jahre 2000 etwa 42.000 neue Arbeitsplätze bringen werde. Oder die Prognose, daß große Konzerne nach einer EU-Mitgliedschaft Österreichs viel stärker als bisher ihre Konzern-Zentralen nach Wien verlegen würden. Mit solchen Aussagen wurde ein Meinungsklima geschaffen, in dem beim Bürger die Hoffnung auf kurzfristig lukrierbare wirtschaftliche Vorteile genährt wurde.

Ich habe kein systematisches EU-Screening betrieben und will daher nur eine willkürliche Auswahl aus den Meldungen der vergangenen Wochen und Monate geben. In diesen Presseberichten heißt es: Die sinkenden Agrarpreise wurden lediglich zur Hälfte an die Konsumenten weitergegeben. Wir haben heute einen Kaufkraftabfluß ins Ausland (oder muß man sagen: Ins EU-Inland ?) bis zu öS 15 Milliarden. Die versprochenen Ausgleichszahlungen an unsere Milchbauern verzögern sich. Bei den Versicherungen gibt es, trotz vermehrter Konkurrenz, kaum Reduktionen der Prämien. Das Projekt des Brenner-Basistunnels stößt auf große Finanzierungsprobleme, da die Europäische Union mehr Zurückhaltung bei der Mitfinanzierung zeigt, als unsere Politiker versprochen bzw. vielleicht auch erhofft haben.

Man versprach uns das "grenzenlose Reisen", aber an den EU-Grenzen Österreichs bleiben die Personenkontrollen trotz unseres Beitrittes zum Schengener Abkommen aufrecht. Man versprach einen Aufschwung im Fremdenverkehr durch die zunehmende Reisefreudigkeit der Europäer, in Wahrheit gibt es Rückgänge bei den Nächtigungen und eine Krise im österreichischen Tourismus, weil gerade die Europäer jetzt stärker ausbleiben, als in den vergangenen Jahren. Weitere Beispiele erspare ich mir und Ihnen im eigenen Interesse.

Ich will an meiner Position zur Europäischen Union keinen Zweifel lassen: Österreich gehört zu Europa, zum Beitritt gab und gibt es keine Alternative. Wir brauchen Durchlüftung in allen Bereichen des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens, mehr Wettbewerb, mehr Offenheit und mehr Kontakte mit anderen Denk- und Lebensweisen. *Politisch* war der Ausgang der EU-Abstimmung daher zweifellos ein erfolgreicher Schritt in die Zukunft.

Kommunikationsstrategisch war es aber ein Pyrrhus-Sieg. Denn die Probleme, denen wir uns heute gegenübersehen, haben ihre Ursache zu einem guten Teil darin, daß das EU-Votum mit einer Propaganda-Strategie erreicht wurde, die auf *Überreden* statt auf *Überzeugen* angelegt war und die sich zum Teil fragwürdiger Argumente bediente. So wurde, um nur ein Beispiel anzuführen, in einer offiziellen Broschüre des Wirtschaftsministeriums für den EU-Beitritt mit dem Hinweis geworben, erst dann wäre das "grenzenlose Einkaufsvergnügen" möglich. Man könne erst dann in München oder Italien "nach Herzenslust Shopping machen", ohne die "unangenehme Angst im Nacken, wenn man sich dem Grenzbalken nähert". Jetzt beklagt man, daß der Kaufkraftabfluß ins Ausland Arbeitsplätze gefährdet.

Wer will es den Bürgern verübeln, daß sie enttäuscht sind, wenn Vorteile nicht eintreten, die man versprochen hatte? Oder wenn Vorteile als schädlich dargestellt werden, die sie nützen wollen?

Mein Kollege *Eugen Semrau* hat in der Zeitschrift *Wiener* bereits im Juli 1994 vorausgesagt: "Der Euro-Pfeiler, von den Großkoalitionären zur eigenen Abstützung errichtet, könnte sich schon bald als brüchig erweisen". Und er stellte damals vier Fragen, die seiner Ansicht nach in der EU-Kampagne der Bundesregierung nicht genügend behandelt wurden:

- Wurde ausreichend und redlich über die Schattenseiten des EU-Beitrittes informiert?
- Werden die notwendigen Anpassungsprozesse nicht schmerzhafter sein, als man zugeben will?
- Wo sind die Ansätze einer gemeinsamen Politik der EU, an denen wir zu unserem Vorteil mitwirken können?
- Heißt Mitbestimmung nicht auch, daß wir unangenehme Entscheidungen mittragen müssen?

Diese Fragen wurden bis heute nicht ausreichend beantwortet. Wer in Österreich weiß beispielsweise, was es für unser Land bedeutet, "Nettozahler" in der EU zu sein? Ist uns bewußt, daß etwa 80% des EU-Budgets für die bäuerliche Bevölkerung Europas ausgegeben werden - die rund 6% ausmacht? Ein anderes Beispiel: Wie wollen wir angesichts der Tatsache daß sich Europa bereits heute "in zwei Geschwindigkeiten" entwickelt mit an der Spitze bleiben, wenn Frau Staatssekretärin Ederer die Integration bereits jetzt zu schnell vor sich geht?

Es darf auch gefragt werden, wie vor diesem Hintergrund das Faktum zu bewerten ist, daß in Norwegen trotz einem "Nein zur EU" derzeit ein beispielloser Wirtschaftsboom herrscht - mit einem Investitionszuwachs von über 15%, als dessen Folge das Land seine Auslandsschulden diesen Sommer bis auf die letzte Krone zurückzahlen kann.

Wenn *Mariusz Demner*, einer der Proponenten der Pro-EU-Kampagne, heute beklagt, daß der "Bräutigam Koalitionsregierung die Braut Österreich bis an die Türschwelle getragen und sie dann fallen gelassen habe" und er ein Kommunikationsvakuum ortet, "das für das Land nicht gut sein kann", so hat er zweifellos recht. Gleichzeitig demonstriert dieser Vergleich ein fundamentales Mißverständnis. Denn das von *Demner* beklagte Kommunikationsvakuum - so meine These - wurde maßgeblich erst durch die eigene Kampagne erzeugt. Weil zum Teil falsche, zum Teil überzogene Erwartungen aufgebaut wurden. Weil *nicht kommuniziert*, sondern ausschließlich *geworben* wurde.

Derartige Strategien bringen bestenfalls kurzfristige Erfolge - das ist in jedem Lehrbuch über Public Relations nachzulesen. Um in Demner's Bild zu bleiben, sei die Frage

erlaubt: Hat sich nicht der "Bräutigam Bürger" erst durch massives Zureden des "Brautvater's Regierung" entschlossen, die "Braut Europa" zu heiraten - von der er bis dato nur ein geschöntes bzw. retuschiertes Werbefoto kannte?

Zwei Fakten dazu, die in der allgemeinen Euphorie nach dem 12. Juni 1994 übersehen werden: Eine knapp vor dem Votum durchgeführte Studie hat ergeben, daß die bevorstehende Wahlentscheidung eher von *Gefühlen* als von *Überzeugungen* bestimmt würde. Und unmittelbar *nach* der Abstimmung hat das *Fessel-Institut* festgestellt, daß die generell besser gebildeten (und daher weniger autoritätsgläubigen) jüngeren Bürger nur zu 55% pro EU gestimmt hatten. Beides sind Befunde dafür, daß das EU-Votum nicht nur eine rationale, sondern dominant eine emotionale Entscheidung war.

Die Geschichte bestraft bekanntlich nicht nur diejenigen, die zu spät kommen, sondern auch die Säumigen und die Fahrlässigen. Der Ausgang der Nationalratswahl am 9. Oktober 1994 war eine erste Bestätigung dieser These. Es mutet seltsam an, wenn seitens der Regierung jetzt mangelnde Information als Hauptgrund für die eingetretene EU-Skepsis angesehen wird. Wer hat das Staatssekretariat von Frau Ederer daran gehindert, etwa den Tag des formalen Beitrittes am 1. Jänner 1995 auch zum *Kommunikationsereignis* zu gestalten? Und wer hindert die Regierung jetzt daran, das beklagte Kommunikationsvakuum mit *Inhalten* zu füllen, die geeignet wären, zumindest einen *Grundkonsens* in dieser so wichtigen Frage herzustellen?

Jacques Santer, der Präsident der Europäischen Kommission, hat erkannt, daß Wohl und Wehe der Union aufs Engste mit der Zustimmung der Unionsbürger verknüpft ist. In einem Vortrag bei einer Veranstaltung der *Bank Austria* sagte er vor wenigen Wochen: "Nach innen wie nach außen, in der Übertragung von Kompetenzen wie in der Weiterentwicklung der Institutionen, steht die Europapolitik vor einem für sie neuen elementaren Begründungsbedarf. Über Jahrzehnte wurden die Grundlagen und Entscheidungen der Europäischen Integration von breiter Zustimmung getragen. Heute gerät jeder Teilschritt unter den Zwang, skeptisch gestimmte Öffentlichkeiten zu überzeugen, für die die Erfolge der Vergangenheit längst zur alltäglichen Selbstverständlichkeit geworden sind."

Ich habe meine Zweifel, ob wir in Österreich diese Lektion gelernt haben. Wer etwa die jüngsten Diskussionen in der Fernsehsendung *Zur Sache* oder im *Mittagsjournal* mitverfolgt hat, wird beipflichten, daß in Sachen EU von einem Dialog im Sinne von "communicare" (was eigentlich "gemeinsam machen" bedeutet) auch heute nicht die Rede sein kann.

Die von den Vertretern der politischen Eliten dieses Landes demonstrierte Unfähigkeit, einander zuzuhören und die Argumente des jeweils anderen ernst zu nehmen, ist bedenklich. Gleichzeitig ist sie das beste Argument für meine Behauptung, daß eine EU-Kommunikation bislang nicht stattgefunden hat und daß bislang verabsäumt wurde, eine rationale Basis gemeinsam vertretener Argumente und Einschätzungen

herzustellen. Man muß nicht so weit gehen wie Professor Jagschitz, der der Regierung "mangelhafte politische Kultur, Mißachtung demokratischer Grundregeln und Unfähigkeit zum Dialog mit den Bürgern" attestiert. Jedenfalls dürften derzeit für eine *neue Kommunikationskampagne* aufgrund des fehlenden Grundkonsenses erschwerte Bedingungen bestehen.

Der Dialog über Europa muß aber nicht nur *im Inland* geführt werden, er muß auch *mit Europa selbst* geführt werden. Die Darstellung Österreichs in Europa ist ebenso wichtig wie die Darstellung Europas in Österreich.

Beides sind ständige Kommunikationsaufgaben - nicht nur der Politik, sondern aller geistiger Kräfte des Landes. Republiks-Inventuren und Milleniumsfeiern sind dafür kein Ersatz. Was wir brauchen, ist eine umfassende Diskussion über die *Vision Europa* und über *Österreichs Positionierung* in diesem zusammenwachsenden Kontinent. Wir müssen uns klar darüber werden, welche Rolle Österreich in diesem neuen Europa spielen kann: Feinkostladen oder Kulturmaschine? Minimundus oder politischer Innovator? Und wie bringen wir uns ein in diese Gemeinschaft - aktiv und mit vollem Risiko, oder als Trittbrettfahrer?

Die Problematik der mangelnden Positionierung will ich an zwei Aspekten verdeutlichen: Die Angst, in bewaffnete Konflikte einbezogen zu werden, ist nach den Erfahrungen der jüngsten Geschichte verständlich. Daher ist für viele Österreicher die *Neutralität* ein Tabu-Thema. Auf der anderen Seite ist es einem Italiener, Franzosen oder Belgier eher schwer verständlich zu machen, warum er im Falle einer militärischen Auseinandersetzung (wie derzeit in Bosnien) seinen Kopf hinhalten soll, während wir Österreicher mit Berufung auf unsere Neutralität nur die Vorteile eines gemeinsamen Sicherheitssystemes genießen wollen.

Die jüngst regierungsamtlich geäußerte Bereitschaft, in Zukunft logistische Unterstützung, aber keine Truppen bereit zu stellen, enthebt uns nur vordergründig der Aufgabe, im Grundsätzlichen Stellung zu beziehen. Und wird in der Konsequenz wohl bedeuten, daß voller Schutz nur mit Bereitschaft zu vollem Risiko zu haben sein wird.

Ein anderes Beispiel ist Österreichs Haltung zu *Osteuropa*. Aus der Geschichte und aus unserer geographischen Lage ergibt sich eine besondere Verantwortung für die Heranführung dieser Länder an die westlich- europäische Staatengemeinschaft. Das scheint unserer Tradition zu entsprechen und auch den Erwartungen, welche die EU gegenüber Österreich hat. Auf der anderen Seite bedeuten "mehr Mitgliedstaaten" auch "mehr Probleme" und ein geringeres Tempo im Fortschreiten der Integration - also eventuell *Nachteile* für Österreich. Gerfried Sperl hat dies erst jüngst in einem Kommentar auf den Punkt gebracht: Österreich kann in dieser Frage schwerlich für beides stehen - für rasches Größenwachstum *und* rasches strukturelles Zusammenwachsen der EU.

Natürlich lassen sich solche Fragen nicht von heute auf morgen beantworten. Ihre Behandlung erfordert einen kontinuierlichen und intensiven Dialog mit dem Bürger - die Bereitschaft zur Korrektur von Vorurteilen eingeschlossen.

Für so einen Zukunftsdialog braucht es einen klaren Kopf und ein eindeutiges Bekenntnis zu den positiven Leistungen dieser Republik - was *Fritz Molden* erst dieser Tage wieder zu Recht eingemahnt hat. Das fällt aber hierzulande manchen intellektuellen Meinungsbildnern schwer, die mit ihren Äußerungen überproportionale Medienresonanz finden. Aberwitzige Wortmeldungen wie etwa *Peter Turrinis* Vorwurf der Mörderrepublik oder *Gerhard Roths* jüngster Ruf nach Psychiatriierung des Landes sind für die notwendige Kommunikationsarbeit in Sachen Europa nachteilig. Sie sind auch Ausdruck mangelnden Selbstbewußtseins und einer tiefsitzenden Unfähigkeit, stolz auf dieses Land sein zu können.

Karl-Markus Gauß hat erst jüngst in der *Presse* auf die betrübliche Tatsache hingewiesen, daß viele österreichische Intellektuelle nicht etwa deswegen für Europa sind, weil sie so begeisterte Europäer wären - sondern weil sie so angewiderte Österreicher sind. Ohne es vielleicht zu wollen, leisten sie dabei jenen politischen Kräften Vorschub, die Österreich ohnedies für eine Mißgeburt halten.

In einem zeitgenössischen Roman heißt es: "Wer nur zurückblickt, den fressen die Gespenster". Wir sollten schon aus diesem Grund nach vorne blicken.

Zusammenfassend scheinen mir die inhaltlichen Defizite der bisherigen Kommunikationsarbeit in Sachen Europa darin zu liegen, daß *im Inland* zu viel über die EU und zu wenig über die *Vision Europa* zu hören und zu lesen ist; daß *im Ausland* dagegen mit Pathos geübte Rituale des Austro-Masochismus das Bild beherrschen und zu wenig über Österreichs zukünftige Position in der Staatengemeinschaft kommuniziert wird. Beides zusammen zu leisten, ist die Aufgabe, die vor uns steht.

Es ist eine langfristige und eine umfassende Aufgabe, die ein langfristiges und integratives Kommunikationskonzept erfordert - in das die Tourismuswerbung ebenso eingebunden sein müßte wie die Konzeption kultureller Auftritte im Ausland; das Werben um den Wirtschaftsstandort Österreich ebenso wie die Strategien zur Vermarktung der Städte. Vergessen wir in diesem Zusammenhang auch nicht die große Bedeutung österreichischen Kulturschaffens - Literatur, Musik und Malerei, Film und Fernsehen, Design und Architektur. Dies alles steht im Ausland für Österreich.

Die EU-Kommunikation ist (wie jede Kommunikationsarbeit) vor allem als *kulturelle Aufgabe* zu verstehen. Es geht mehr um das Verändern von Einstellungen, als um das Beeinflussen objektiver Bedingungen. Es geht nicht um einfache Lösungen, sondern um das Aufzeigen von Chancen - aber auch um das Sichtbarmachen von Haltungen und Lebensweisen, Besonderheiten und Identität auf der großen Bühne des sich neu formierenden Kontinents.

Der französische Historiker *Jacques Le Goff* sagt in seinem Buch *"Das alte Europa und die Welt der Moderne"*: "Europa braucht Größe, um sich gegen die USA oder Japan behaupten zu können, und Differenziertheit, um von den Vorzügen der Kleinheit profitieren zu können".

Kommunikationsarbeit für Europa muß beide Ziele in den Köpfen und Herzen der Österreicher verankern. Sie wird dann erfolgreich sein, wenn diese Ziele nicht mehr als Widerspruch empfunden werden, sondern dieser Zusammenhang erkannt und kreativ umgesetzt wird.

Dr. Gerhard Feltl ist Geschäftsführer der IWG-Holding, Präsident des Österreichischen Instituts für Formgebung & Design sowie Lehrbeauftragter am Institut für Kommunikationswissenschaften der Universität Salzburg.